Liegeplätze

Verschärfte Konferenz am 07.12.02 um den Reichtum der Welt in Berlin

statt Standorte

Programm der Konferenz

12.00 Uhr
Beginn der Konferenz
Plenum

Verschärfte Konkurrenz um den Reichtum der Welt

14.00 - 15.00 Uhr
Mittagspause

15.00 - 19.00 Uhr
parallele Arbeitskreise

Ich-Unternehmer in verschärfter Konkurrenz

Auferstehung der Kapitalismuskritik?

Wer Standort frißt, ist angepißt

20.00 - 22.00 Uhr
Plenum

Globalisierung, Kritik,
Politische Konsequenzen

ab 22.00 Uhr
Saufen

bis die Kreditblase platzt



jimmy boyle
junge linke gegen kapital und nation

Ort der Konferenz ist die Humboldt-Uni Berlin.

Lage- und Wegbeschreibungen:

http://www.hu-berlin.de/noscript/service.php3?/hu/lage/

Coupon

Zeitung zerstören und abschicken an junge linke

Postfach 910429, in 30424 Hannover, jimmyboyle@junge-linke.de, www.junge-linke.de, 0511 / 838 6226

O Schickt mir ein allgemeines Infopaket!
O Folgende Themen interessieren mich besonders:

____

O Ich will künftig regelmäßig Seminareinladungen und andere Infos von junge linke und jimmy boyle per Post bekommen. Zum Weiterverteilen brauche ich _____ Exemplare.
O Ich will diese Zeitung weiterverteilen. Schickt mir noch ___ Exemplare!
O Ich weiß, daß ich mich zur Konferenz nicht anmelden muß, aber ich komme vielleicht.
O Schickt mir nie wieder irgendwas!
O Ich will _____ Exemplare der Kapitalismuskritikbroschüre haben.

Name, Vorname ____________________

Straße, Nr. __________ Tel. __________

Plz, Ort __________ email __________

jimmy boyle Berlin und junge linke Hannover, Bremen und Thüringen
Aufrufzeitung zum Globalisierungskongreß

Liegeplätze



Verschärfte Konferenz um den Reichtum der Welt am 07.12.02 in Berlin

statt Standorte

Anfang der 90er Jahre noch ein Begriff in den Feuilletons ist Globalisierung mittlerweile eine Erklärung für fast alles: für Lohnsenkung, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, weltweite Armut und Krisen in den Schwellenländern. Für die gestiegenen Ansprüche an die Menschen, die früher noch Arbeiter oder Angestellte, heute aber Arbeitskraftunternehmer heißen, die lebenslang lernen und flexibel sein sollen. Die Globalisierung ist Anlaß für das Entstehen einer vermeintlich kapitalismuskritischen Bewegung, die dabei tatsächlich nicht keinen Kapitalismus will, sondern glaubt, es könnte einen demokratisch gezähmten Kapitalismus geben. Und die nicht Kapitalismus kritisiert, sondern am Einfluß der Finanzmärkte und an einer angeblichen Schwäche der Nationalstaaten etwas auszusetzen hat. Auf unserer eintägigen Konferenz in Berlin geht es um die Fragen, wie staatliches Handeln und die Einrichtung eines Weltmarks zusammenhängen, was das ist, das meistens nur als Schlagwort "Globalisierung" auftaucht, und auf was man sich so einstellen kann, wenn man plötzlich zum Unternehmer seiner eigenen Haut gemacht wird.

Standort Weltmarkt

Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und Fernsehzuschauer sind sich einig: Egal um was es geht, es muß im Kontext der zunehmenden weltweiten Beziehungen gesehen werden. Die Wirtschaft ist globalisiert, die Politik ist globalisiert, die Kultur ist globalisiert und das Wissen ist es auch. Gut, gut, könnte man da denken: Endlich verschwinde der Nationalismus aus der Welt. Das denken auch tatsächlich einige Gutgläubige, die in der Globalisierung die Tendenz zum freien Weltstaat ohne Grenzen sehen und glauben, daß der Euro eingeführt worden ist, damit man sich auch in Italien ohne Streß sein Eis kaufen kann. Gut, gut, argumentieren viele sei die Globalisierung auch deshalb, weil so alle die gleichen Chancen bekämen, ihre Kultur, ihre politischen Vorstellungen und nicht zuletzt ihre Waren in die Welt zu bringen und sich so ein nahezu unendliches Spektrum der Möglichkeiten des Lebens in einer gerechteren und bunteren Gesellschaft eröffne. Schlecht, schlecht, denken sich aber noch mehr Leute. Die glauben, die Staaten verlören ihre Macht und machen sich ein Problem daraus. Die sehen nämlich den Nationalstaat als Garanten ihrer Werte und ihres Wohlstandes, die vor der Macht der Märkte und der multinationalen Konzerne geschützt werden müßten. Und diese Vorstellung kommt beileibe nicht nur aus den wertkonservativen Rängen der CDU. Auch viele Globalisierungskritiker, die „gegen Staat und Kapital" auch schon mal für eine ganz einsichtige Aussage hielten, finden es in punkto Globalisierung dann doch ganz o.k, jetzt an den Staat zu appellieren, damit der schön dem bösen Weltmarkt seine Grenzen setzt. Wie auch immer aber die Globalisierung nun bewertet wird, ob als Gefahr oder als Ausblick auf eine rosig plurale Zukunft, ob als von unaufhaltsamen Liberalisierungstendenzen oder von machthungrigen Großunternehmen getrieben, einig sind sich alle diese Positionen darin, daß in der globalisierten Welt die Staaten immer weniger Einfluß auf den Lauf der Dinge nähmen oder zumindest nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck entsprächen.

Die Realität sieht aber anders aus: Da sind es nämlich erstmal Nationalstaaten, die in der Welt die Möglichkeiten für den freien Markt, das problemlose Reisen oder die freie Kommunikation schaffen. Sie tun dies nicht, weil sie vor der alles niederreißenden sich selbst bewegenden Globalisierung kapituliert und den Anspruch auf Einflußnahme aufgegeben hätten. Sie tun dies auch nicht, weil die Konzerne die Politik in der Hand hätten und jegliche Gegnerschaft zu ihren Interessen im Keim erstickten, sondern weil sie sich gerade von der Globalisierung der Welt versprechen, ihre Interessen durchsetzen zu können: eine maßgebliche Stimme in der internationalen Politik zu haben, militärisch möglichst souverän agieren zu können, der Bevölkerung die besten Chancen zur freien Entfaltung zu bieten oder eine Spitzenstellung in der Weltwirtschaft zu erreichen. Für schwächere Staaten liegen solche Ziele außerhalb des Erreichbaren. Ihrer Situation gemäß müssen sie ihre Ziele niedriger stecken und vor allem versuchen ihre Kredite weiterhin bedienen zu können. Grundlage dieser Interessen ist ein Anliegen, das allen gemein ist: eine möglichst gut funktionierende kapitalistische Produktion zur Vergrößerung des jeweiligen nationalen Reichtums.

Standort D!

Jedes Ziel bürgerlicher Politik muß sich daran messen, inwieweit es einer erfolgreichen, nationalen Reichtumsakkumulation dient. Über diesen Maßstab herrscht uneingeschränkte, unhinterfragte und unbedingte Einigkeit quer durch alle Farben der politischen Landschaft. Die Steigerung des nationalen Reichtums war schon immer Inhalt bürgerlicher Politik; erstrahlt aber heute vor dem Hintergrund der Globalisierung in einem neuen Licht. Der Produktion die besten Bedingungen zu sichern heißt heute: Standort sein. Das bedeutet, in der Politik nicht nur darauf achten zu müssen, daß auf dem eigenen Territorium alles seinen Gang geht, sondern daß dieser auch mindestens so schnell ist wie der der anderen Nationen. Die passende Politik bedeutet ständige Bilanzierung der eigenen wirtschaftlichen Lage zum Vergleich mit den Konkurrenten. Der Staat ist dabei stets mit der eigenen Bilanz unzufrieden, denn die Konkurrenz schläft bekanntlich nicht. Damit hat die Politik eine neue Begründung, um ihre Bevölkerung für die Konkurrenz zuzurichten. Auch wenn sich manche Wohlstand für alle als Zweck des Staates einbilden, so ist doch allen von vornherein klar, daß sich dieser wie eh und je nur so weit zu realisieren läßt, wie es je der wirtschaftlichen Lage entspricht. Angesichts der stets schlechten Bilanz bedeutet das, immer wieder den Gürtel enger zu schnallen. So heißt Standort sein kürzen und sparen an all den altbekannten Ecken und Enden: Die Unternehmenssteuer wird gesenkt, die Lohnnebenkosten werden gesenkt, die Leistungen der Krankenkassen werden verringert, Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden zusammengelegt, nicht markttaugliche Bildungswege werden abgebaut und vieles mehr.

Die Menschen unterwerfen sich freiwillig der Zurichtung durch ihren Staat. Das scheint absurd zu sein. Das ist gut für Deutschland, dann ist es auch gut für mich, verläuft die Überlegung. Na ja, könnte man jetzt sagen, das läge eben am deutschen Wesen, daß man seine Ziele am Wohl der Nation relativiert. Hinter dem absurden Schein steckt aber ein realer Widerspruch. Jedem Einzelnen im Kapitalismus kann es kaum gut gehen, wenn das nationale Territorium, auf dem er wohnt, in einer Krise steckt und kaum einer mehr seine Arbeitskraft verkaufen kann. Daß Deutschland in der Konkurrenz erfolgreich ist, ist Bedingung des Überlebens eines jeden, der hier wohnt. So ist die Welt verfasst.

Daß der nationale Erfolg aber Bedingung ist, heißt aber keineswegs, daß er das schöne Leben des Einzelnen garantiert. Im Gegenteil heißt nationaler Erfolg heute ja gerade, einzusparen, was nicht für die Verwertung

Themen:

Fortsetzung nächste Seite

taugt. Jeder Staat setzt mit seinen Sparmaßnahmen die Bedingungen des Bestehens in der internationalen Konkurrenz neu und verschärft. So rational der Staatsbürgerstandpunkt sein mag, so widersprüchlich ist er auch: Was für Deutschland gut ist, schafft die Grundlage, damit der Einzelne überhaupt überleben kann, verhindert aber systematisch, daß das Leben zum schönen Leben wird. Diesen Widerspruch macht sich aber kaum einer bewußt. Die bestmögliche Vermittlung von Lebensbedingungen und Wirtschaftswachstum wird der Politik überlassen. Damit betrachten sie ihren Staat als Garanten für das bestmögliche Bestehen in der Konkurrenz. Und weil die Politik sich einig ist, daß für Deutschland zurückgesteckt werden muß, weil es gerade so schlecht läuft, ist das dann auch allen klar: Heute muß Standortpolitik gemacht werden.

Sachzwang

Wenn Standortpolitik bedeutet, daß die Politik sich Gedanken um die nationalen Produktionsbedingungen machen muß, so gibt es Standortpolitik seit es kapitalistische Staaten gibt. Denen geht es um Produktion von Reichtum, und da ist es immer besser, wenn die gut funktioniert. Außerdem gibt es schon seit es weltweiten Handel gibt eine internationale Konkurrenz der Kapitale. Im Preisvergleich der produzierten Waren auf dem Weltmarkt stellte sich schon immer dar, welches Kapital unter den besten Bedingungen produziert hat. Die Kapitale, die auf einem Territorium mit schlechter Infrastruktur, hohen Steuern, teuren oder schlecht ausgebildeten Arbeitern produzierten, hatten schon immer einen Konkurrenznachteil. Die zugehörigen Staaten hatten ein Problem mit ihrer Reichtumsproduktion. Durch Zölle und Beschränkungen des Kapitalverkehrs wurden diese Probleme allerdings abgemildert. Der nationale Markt konnte so vor effektiver produzierten ausländischen Waren und dem Abfluß von Kapital geschützt werden. Heute haben Staaten diese Beschränkungen großenteils abgebaut. Kapitale sind heute weniger denn je an eine Nation gebunden. Reinvestitionen müssen nicht auf dem gleichen Territorium getätigt werden, auf dem das Kapital dafür erwirtschaftet wurde. Das bedeutet, daß die Produktionsbedingungen nicht nur vom Resultat her in den Preisen verglichen werden, sondern direkt: Das Kapital wird dort investiert, wo es am profitabelsten angelegt werden kann. Staaten müssen nicht nur deshalb auf die nationalen Produktionsbedingungen achten, damit die dort angesiedelten Kapitale eine möglichst gut funktionierende Reichtumsproduktion auf die Beine stellen, sondern auch, damit Kapitale, die eine profitable Anlagesphäre suchen, überhaupt dort angesiedelt bleiben und werden. Darum konkurrieren die Staaten. Diese Konkurrenz ist der Gehalt dessen, was heute Standortpolitik heißt.

Die veränderten Bedingungen der Konkurrenz sind nicht vom Himmel gefallen, denn dafür bedurfte es der Staaten, die ihre nationalen Schranken abgebaut haben, um den nationalen Kapitalen zu ermöglichen, für ihren Zweck, die Vergrößerung des nationalen Reichtums, zu sorgen. Direkt beteiligt an der Reichtumsproduktion sind die Staaten nicht. Sie sind ideelle, nicht reelle Gesamtkapitalisten. Sie stellen nur die allgemeinen Bedingungen, wie Eigentumsordnung, Vertragssicherheit, die nationale Währung her und überlassen die Produktion des Reichtums den Kapitalisten und ihrem Kapital. Dabei geht es ihnen erstmal nicht darum, daß es den einzelnen Kapitalisten gut geht, sondern darum, daß sich das nationale Gesamtkapital verwertet; das fällt nämlich nicht zusammen. Jeder Staat kann aber die notwendigen Bedingungen der Verwertung nur innerhalb seiner Grenzen sichern, diese sind also Schranken der Verwertung des nationalen Kapitals. Sollen die Geschäfte an den Grenzen nicht aufhören - und das sollen sie nicht, denn Land und Leute anderer Staaten sollen für das heimische Wirtschaftswachstum mitbenutzt werden - dann müssen die Staaten sich untereinander via Verträgen über grenzüberschreitenden Handel und Kapitalverkehr ins Benehmen setzen. Mit den Ergebnissen solcher Verhandlungen haben die Staaten sich ihren "Sachzwang" selbst geschaffen.

Die Kalkulationen, die zur Einrichtung dieses Sachzwang geführt haben, sind dabei gar nicht immer so eindeutig. Zölle sind nicht nur eine Beschränkung für das nationale Kapital, sondern sie dienen dazu, die heimische Wirtschaft vor billigen Produkten aus dem Ausland zu schützen. Das ist besonders dann sinnvoll, wenn die inländische Industrie nicht weltmarkttauglich produziert und die Produkte auf dem Binnenmarkt verkauft werden sollen, obwohl man das gleiche irgendwo in der Welt viel billiger haben könnte. Hat man dank der Abschottung von der internationalen Konkurrenz eine konkurrenzfähige Industrie aufgebaut, ist es sinnvoll, statt auf Zöllen auf Freihandel zu bestehen. Die Politik eines jeden Staats will am liebsten nur die Zölle abschaffen, die das Wirtschaften seiner Kapitalisten behindern. Diejenigen Zölle, die andere Staaten stören, sind ihm dagegen häufig ganz lieb, weil sie die nicht weltmarkttauglichen Produktionszweige schützen. Da das der Politik aller Staaten so geht, setzt sich selten irgendwer einfach so durch. In Verhandlungen kommt dann raus, daß mit den unerwünschten Zöllen auch andere abgeschafft werden müßten oder eben gar keine.

Beim Bestehen auf Zöllen muß in Kauf genommen werden, daß inländische Kapitalisten ihre Importe teurer bezahlen müssen und dadurch auch teurere, also weniger konkurrenzfähige, Waren herstellen. Bei der Einrichtung des Freihandels dagegen muß zwar in Kauf genommen werden, daß nicht so weit entwickelte Industriezweige in der Konkurrenz nicht bestehen. Zumindest die europäischen und amerikanischen Industrienationen aber konnten das auch aufgrund ihrer überlegenen Produktion in den meisten Bereichen.

Der Abbau von Zöllen war nach dem Zweiten Weltkrieg erklärtes Ziel des Internationalen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), das institutionell Mitte der neunziger Jahre von der World Trade Organisation (WTO) abgelöst wurde. Ein Ergebnis der letzten 50 Jahre Weltwirtschaft ist tatsächlich der weltweite Abbau von Zöllen, aber bei gleichzeitiger Zunahme der sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse, worunter so etwas wie Gesundheitsvorschriften, Umweltgesetze oder Sicherheitsrichtlinien fallen. Vom Standpunkt des Freihandels ist so ziemlich jede nationale Vorschrift eine Ungerechtigkeit. Die angestrebte "Liberalisierung" des Welthandels ist ein konfliktreicher Gegenstand; wo die einen Hemmnisse staatlicherseits abgebaut werden, werden die anderen schon wieder errichtet. Unbedingte Anhänger grenzenlos offener Märkte lassen sich auf Seiten der Staaten auf dieser Welt keine finden; noch nicht einmal die USA, die aktuell durch Stahlimportzölle und massive Agrarsubventionen ihren weltweiten Ruf als die Freihandelsnation Nummer 1 ordentlich lädiert. Trotzdem: Relativ zu den 60er Jahren beispielsweise kann man feststellen, daß heute mehr Freihandel herrscht als damals. Es gibt eine exponentielle Steigerung des internationalen Warenverkehrs. Supranationale Freihandelszonen wie NAFTA, ASEAN oder die EU wurden eingerichtet. Seit der letzten GATT-Runde in Uruguay wurde der Telekommunikationssektor in beinahe allen Staaten privatisiert. Gleiches gilt für das Bahnwesen und Teile des Gesundheitssystems. Dadurch erhöht sich der Umfang des Kapitals, um dessen Ansiedlung weltweit konkurriert wird. Parallel dazu haben sich die teilnehmenden Staaten entschlossen, den weltweiten Kapitalverkehr zu erleichtern. Dieser politische Beschluß und die guten konjunkturellen Daten der neunziger Jahre führten zu einem beispiellosen Boom im Finanzsektor und dazu, daß sich internationales Kapital heute tatsächlich beinahe ungehindert auf allen attraktiven Standorten dieser Welt ansiedelt und die weniger attraktiven dafür verläßt. Die Grenzen für Kapitalzu- und abfluß wurden von den Staaten abgebaut in der Hoffnung damit wiederum eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen zu haben für die eigene nationale Reichtumsproduktion. Daß die Resultate solcher Maßnahmen dann auch tatsächlich der Vermehrung des heimischen Kapitals dienen, ist allerdings keineswegs gesichert.

Import, Export und Kapitalwachstum

Die Kapitalisten, denen das Zustandebringen des Wirtschaftswachstums überlassen ist, können diese Resultate auf zweierlei Weise nutzen: Zum einen können sie die neu erschlossenen Territorien zum Waren- und Dienstleistungshandel, also zum Kauf und Verkauf nutzen, zum anderen können sie ihr Kapital im Ausland anlegen und sich dort vermehren lassen. Diese Möglichkeiten nutzen sie nach ihren jeweils eigenen Kalkulationen. Für den einzelnen Kapitalisten ist jeder Einkauf im Ausland dann ein gutes Geschäft, wenn sich daraus gute Geschäfte ergeben: eine lohnende Produktion oder ein lohnender Weiterverkauf. Das ist dann der Fall, wenn es entweder die entsprechenden Waren im Inland gar nicht gibt, zum Beispiel Rohstoffe oder Produktionsmittel auf technisch hohem Niveau, die für die Produktion benötigt werden, oder aber, wenn die Waren im Ausland billiger produziert werden konnten als im Inland. Solche Importe, die für das einzelne Kapital vorteilhaft sind, haben aber Auswirkungen auf das Geschäft anderer Kapitalisten im Land und damit auf das nationale Gesamtkapital, die unter Umständen nachteilig sein können:

Die Kapitalisten sind in ihrem Erfolg abhängig von zahlungskräftiger Nachfrage. Um ihren Profit zu realisieren, müssen sie die produzierten Waren oder angebotenen Dienstleistungen verkaufen. Der Kauf durch den einen ist die Bedingung des Verkaufs durch den anderen. Erfolg eines Kapitalisten bedeutet aber nicht nur, Profit zu machen, sondern vor allem, diesen Profit auch wieder profitabel reinvestieren zu können, denn dies ist die Bedingung des Erfolgs seines zukünftigen Geschäfts: Akkumuliertes Kapital muß zur immer weiteren Akkumulation genutzt werden. Das bedeutet, dass immer mehr Profit realisiert werden muß, weswegen es nicht nur zahlungskräftige Nachfrage überhaupt geben muß, sondern wachsende zahlungskräftige Nachfrage – und das bedeutet: wachsende Nachfrage vor allem durch andere Kapitale. Das findet gewöhnlich auch statt, denn nicht nur ein einzelner, sondern alle Kapitalisten, die in der Konkurrenz standhalten, reinvestieren ihren Profit und schaffen damit untereinander wachsende Nachfrage. Dennoch trifft der Verwertungsdrang des Kapitals zu einem gegebenen Zeitpunkt immer auf eine begrenzte Zahlungskraft und hat daran eine Schranke. Wird nur von der Summe der nationalen Kapitale mehr im Ausland gekauft, als dorthin verkauft, gibt es also einen Importüberschuß, so bedeutet das einen Abfluß an Zahlungskraft. Dadurch wird die Begrenzung der Verwertung enger und die erfolgreiche Akkumulation des Gesamtkapitals prekärer.

Ähnlich wie bei Im- und Export von Waren stellt sich das Nachfrageproblem bei Im- und Export von Kapital, also beim Anziehen von Kapitalen auf das nationale Territorium und dem Anlegen von Kapitalen im Ausland. Im Ausland angelegtes Kapital ist ein Abzug von der nationalen Zahlungskraft, aus dem Ausland angezogenes eine Vergrößerung.

Nun kann eine Steigerung der zahlungskräftigen Nachfrage seitens des Waren- und Dienstleistungshandels eine durch Kapitaltransfer bedingte Verminderung dieser Nachfrage ausgleichen und umgekehrt. Weiterhin kann durch eine funktionierende Reichtumsproduktion die absolute Zahlungskraft steigen, auch wenn sie relativ durch Abflüsse in das Ausland sinkt. Importüberschüsse und Kapitalexportüberschüsse müssen also nicht notwendig zu spürbaren Problemen der Kapitalverwertung führen, sondern vermindern den Kapitalerfolg nur tendenziell. Wenn aber Zahlungskraft ins Ausland abfließt, so hat das zudem Auswirkungen auf die Nachfrage nach der nationalen Währung - und damit wiederum auf die Zahlungskraft.

Impressum

„Liegeplätze statt Standorte" wird herausgegeben von jimmy boyle, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

Redaktion:
AutorInnenkollektiv

V.i.S.d.P.: Hanna Müller
c/o jimmy boyle
Grünberger Str. 73
10245 Berlin

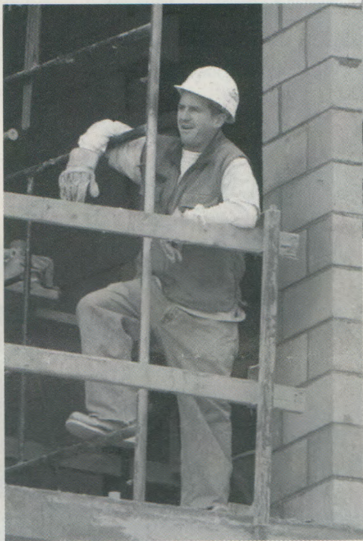
Druck: Gallus-Druck, Berlin

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum von jimmy boyle. „Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an jimmy boyle zurückzusenden.

Währung und Währungshandel

Fließt Zahlungskraft in Form der Währung eines Staates von dessen Binnenmarkt ab in andere Staaten, ist dort das Angebot an dieser Währung vergrößert. Ist die dortige Nachfrage nach der Währung nicht dem Angebot entsprechend, so bedeutet das, daß der Preis der Währung auf dem Währungsmarkt sinkt. Die Währungen schwächerer Staaten werden im allgemeinen nicht besonders viel nachgefragt, weshalb ein Abfluß der Währung bei diesen meist zum Kursfall der Währung führt.

Das Sinken des Kurses hat die Auswirkung, daß bei gleichbleibenden Warenpreisen im Inland ausländische Käufer billiger einkaufen können: Die können jetzt nämlich das gleiche Quantum ihrer Währung in ein größeres Quantum der im Kurs gesunkenen eintauschen und insofern mit dem gleichen Quantum ihrer Währung mehr Waren in dem währungsschwachen Land kaufen als zuvor. Andersherum bekommen die Verkäufer in dem währungsschwachen Land den gleichen Preis wie zuvor, tragen also zuerst einmal keinen Nachteil davon, sondern im Gegenteil den Vorteil, daß ihre Waren für ausländische Käufer attraktiver werden und so die Nachfrage steigt und der Export gefördert wird.



Da könnte man denken, wenn der ursprüngliche Abfluss von Zahlungskraft dazu führt, daß Exporte besser funktionieren, so bedeutet das doch wieder, daß deren Masse sich steigert und damit wieder Zahlungskraft angezogen wird: Alles würde sich ausgleichen. Das muß aber nicht so sein. Schließlich bedeutet der gefallene Kurs der Währung für den Import ja das Gegenteil: Der Importeur, der seine geschwächte Währung gegen ausländische eintauscht, bekommt für das gleiche Quantum seiner Währung weniger ausländische als zuvor. Bei gleichbleibenden Warenpreisen im Ausland kann er also dort weniger Waren mit dem gleichen Quantum seiner Währung kaufen als zuvor. Der Import wird teurer, zieht also noch mehr Zahlungskraft aus dem Binnenmarkt als zuvor. Ob der Exportvorteil einer ist oder nicht, hängt also davon ab, wie sehr das Kapital von den Importen abhängig ist. Wenn die gestiegenen Importkosten dazu führen, daß inländische Kapitale das, was sonst importiert hätte werden müssen zu ähnlichen Preisen herstellen können, so steht die Zahlungskraft weiterhin dem Binnenmarkt zur Verfügung und wird durch den Export weiter erhöht. Wenn dagegen selbst die vergrößerte Produktion von Exportgütern auf den Import von Produktionsmitteln angewiesen ist oder wenn trotz besserer Exportbedingungen weiterhin nichts für den Export hergestellt werden kann, so wiegt der Importnachteil schwerer und die Zahlungskraftbegrenzung wird noch einmal enger.

In jedem Fall aber hat der Kursfall der Währung mittelfristig eine Rückwirkung auf die Warenpreise: Daß der Import teurer wird, heißt bei importierten Konsumgütern, daß deren Preise auch im Inland direkt steigen müssen, damit sich der Verkauf für den Importeur weiterhin lohnt. Teurer importierte Produktionsmittel haben einen Einfluß auf den Preis der mit ihnen produzierten Waren: Der muß nämlich ebenfalls steigen, damit der Verkauf der Produkte sich weiterhin lohnt. So steigen im Normalfall die Preise in den Sektoren, die direkt an den Import gekoppelt sind und dadurch vermittelt auch alle anderen, weil in einer durchgesetzten arbeitsteiligen Produktion so ziemlich jede Produktion vermittelt abhängig von jeder anderen ist. Zudem bedeutet die Vergrößerung der Nachfrage nach Exportgütern, daß deren Produzenten im Inland deren Preise erhöhen können, was aufgrund der durchgängigen Abhängigkeit der Produktionen untereinander ebenfalls das gesamtgesellschaftliche Preisniveau nach oben drückt.

Wenn die Warenpreise aber im Inland steigen, so wird der Vorteil begrenzt, den die Exporteure durch eine im Kurs gesunkene Währung bei gleichbleibenden Preisen im Inland haben. Ob das ins Gewicht fällt oder nicht, hängt wiederum von der Verwiesenheit des Landes auf den Import ab. Wird nämlich mit der im Kurs gefallenen Währung viel weniger importiert als vorher, so steigen die Preise auf dem Binnenmarkt auch nicht notwendig so drastisch, daß es den Exportvorteil verschwinden ließe. Steigen die Preise aber so drastisch, dann ist es nicht mehr so, daß ausländische Käufer, die für das gleiche Quantum ihrer Währung mehr von der geschwächten Währung eintauschen können als vorher, damit auch viel mehr Waren auf dem Markt des währungsschwachen Landes bekämen. Damit geht der Exportvorteil verloren und im Normalfall geht die Masse der Exporte zurück. Dadurch, daß sich die Warenpreise dort erhöhen, muß von dem vergrößerten Quantum eingetauschter Währung auch ein je größerer Teil für jeden Warenkauf abgegeben werden. Was also für das währungsschwache Land bleibt, ist, daß mit dem Kurs der Währung langfristig auch die Zahlungskraft der Währung im Inland sinkt.

Die Ursache des Kursfalls der Währung ist, daß der Wert an exportierten Waren nicht an den Wert der Waren heranreicht, die importiert werden müssen, und das angezogene Kapital nicht den Wert an Kapitalen ausgleicht, die aus dem Land abwandern. Für die Entwertung der Währung ist so in der Regel nicht eine willkürliche Erhöhung der Geldmenge durch Geld druckende Staatsbanken verantwortlich. Im allgemeinen ist der Grund für den Kursverfall, daß die Produktion weltmarkttauglicher Waren nicht gut genug funktioniert, daß also entweder Bedingungen für die Produktion wie Infrastruktur, Ausbildung und billige Arbeitskraft nicht im ausreichenden Umfang gegeben sind, oder daß die Produktivkraft des heimischen Kapitals nicht hoch genug ist, daß also die Maschinerie nicht auf dem höchsten technischen Stand ist und zudem die Mittel fehlen, sich neue Maschinerie zu kaufen. Die Produktion wird dadurch erschwert, daß die Zahlungskraft sinkt und damit die Summe dessen, was an Profiten realisiert und wieder neu investiert werden kann (s.o.). Der Grund für den Abfluß der Zahlungskraft reproduziert sich so laufend mit allen Folgen für die Produktion und die Währung. Um aus diesem Zirkel herauszukommen muß die Produktion gegen alle mit dem Abfluß einhergehenden Schwierigkeiten so verbessert werden, daß die produzierten Waren in größerem Maßstab weltmarkttauglich und die Produktion überhaupt als Anlagesphäre für ausländische Kapitale attraktiver wird.



Kredit

Die Mittel dafür fallen nicht vom Himmel und aus der Produktion kommen sie auch nicht, die läuft ja gerade nicht. Sie müssen also von außen zugeschossen werden. Da niemand niemandem etwas schenkt, geschieht das durch Kredit. Solche Kredite führen aber im Normalfall wieder nicht zur Lösung des Problems. Kredite nehmen kann schließlich auch das Kapital aus anderen Ländern, das im Normalfall sogar kreditwürdiger erscheint, weil die Produktion dort funktioniert. Können aber die Kapitale auf aller Welt ihre Produktion durch Kredite verbessern, so führt die Kreditnahme der Kapitale des produktionsschwachen Landes zwar dazu, daß die Produktion verbessert wird, aber selten zu einem dauerhaften Konkurrenzvorteil. Die produzierten Waren werden also im Verhältnis nicht weltmarkttauglicher. Der Zahlungskraftabfluß wird so auch durch den Kredit nicht ausgeglichen und der Zirkel, in den die Produktion damit geworfen ist, bleibt weiterhin mit all seinen Folgen bestehen. Kommt der Kredit von inländischen Banken, so kann das auf Dauer nur dadurch geschehen, daß der Staat die Menge des gesellschaftlich umlaufenden Geldes erhöht. Damit erweitert er aber das Angebot seiner Währung, was dann bei einem Land, dessen Produktion schlecht läuft, meist die oben dargestellten Folgen für den Kurs und die Zahlungskraft der Währung verschärft: Beides sinkt. Kommt der Kredit von ausländischen Banken, werden allerdings die Folgen noch brisanter: Der Kredit wird nämlich im Normalfall nicht in der Währung des währungsschwachen kreditnehmenden Landes gegeben, sondern in einer stabilen Währung. Sinkt der Kurs der Währung des kreditnehmenden Landes weiter, was ja gewöhnlich eine Folge des Nachfrageabflusses ist, so muß für das gleiche Quantum an starker ausländischer Währung ein größeres Quantum an inländischer eingetauscht werden als zuvor. Obwohl die Höhe der Zinsen und des zu tilgenden Betrags bei den Krediten in ausländischer Währung gleich hoch bleibt, muß doch ein erhöhtes Quantum inländischer Währung zur Rückzahlung aufgewandt werden. Für die kreditnehmenden Unternehmen werden also effektiv die Zinsen immer höher und die Rückzahlung, die weiterhin aus dem Profit geleistet werden muß, immer prekärer beziehungsweise der Profit immer niedriger oder führt sogar auf Dauer zu einem Verlust. Das bedeutet wiederum, daß die Unternehmen noch weniger kreditwürdig sind als bisher und daß es immer schwieriger wird, Kredite von ausländischen Banken zu bekommen.



Aus sich heraus bekommt es eine schwache Produktion kaum hin, weltmarkttauglich zu werden. Der Staat muß eingreifen. Der kann zwar auch nicht die Produktion auf einmal weltmarkttauglich machen, kann aber die Bedingungen dafür verbessern: Er kann die Geldmenge vergrößern, was aber ja meist auch nicht den gewünschten Effekt hat, kann Unternehmen direkt subventionieren oder so etwas wie Infrastruktur ausbauen und Ausbildung effektivieren; kurz: Standortpolitik machen. Damit wird es zum einen den schon auf nationalem Territorium angelegten Kapitalen erleichtert, profitabel zu produzieren, zum anderen wird das Territorium attraktiver für internationale Kapitale, die eine profitable Anlagesphäre suchen. Damit wird der Export von Waren und Dienstleistungen gefördert und die Kapitalmasse im Land überhaupt erhöht. So ist es möglich, dem Abfluß an zahlungskräftiger Nachfrage entgegenzuwirken. Standortpolitik ist so nicht nur Mittel, die Reichtumsproduktion zu vergrößern, sondern die Reichtumsproduktion überhaupt nur kontinuierlich zu ermöglichen. Die Konsequenzen des Nachfrageabflusses, die die Reichtumsproduktion erschweren, sind vielleicht bei Ländern, deren Produktion auf Weltmarktniveau stattfindet schwer vorstellbar, die Gefahr aber, daß die weltmarkttaugliche Produktion andere Territorien als Anlagesphäre nutzen kann, besteht in jedem Fall.

Standortpolitik machen alle Staaten und auch hier wieder haben die Staaten einen Konkurrenzvorteil, die schon vorher die Gewinner der Konkurrenz waren. Um die Bedingungen für die Produktion verbessern zu können, braucht der Staat die Mittel. Die bekommt er durch Steuern von den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Staatsbürgern und Kapitalen, also aus der gesellschaftlich vorhandenen Zahlungskraft. Die wiederum ist ja gerade mangelhaft, wenn die Produktion nicht weltmarkttauglich ist. Staaten, deren nationale

Fortsetzung nächste Seite

Reichtumsproduktion schwach ist, fehlen tendenziell die Mittel, die sie bräuchten, um die Produktion anzukurbeln. Der Staat muß also Kredite nehmen, mit dem gleichen Problem allerdings, daß die in solchen Territorien angesiedelten Kapitale haben: Die Konkurrenten können ebenfalls Kredite nehmen, um die Bedingungen der Produktion zu verbessern. Die Produktionsbedingungen werden für den kreditnehmenden Staat zwar absolut besser, im Vergleich zu denen anderer Staaten aber kaum. Der Konkurrenznachteil wird also auch so nicht ausgeglichen, und weil Staatskredite ebenfalls selten in der Währung des produktionsschwachen Landes gegeben werden, sondern in einer stabilen, werden die Rückzahlungen und die Beschaffung von neuen Krediten auch bei Staatskrediten immer prekärer.

An diesem Punkt kommt gemeinhin der Internationale Währungsfond (IWF) ins Spiel. Das Ziel dieser Institution ist es, zu verhindern, daß der fortgesetzte wirtschaftliche Mißerfolg und die damit einhergehenden Konsequenzen für die jeweilige Währung zur Zahlungsunfähigkeit eines Staates führen. Erfolglose Staaten sollen nicht einfach aus dem Weltmarkt ausscheiden, sondern weiterhin für die erfolgreichen Staaten und ihr Kapital benutzbar bleiben. Aus ihnen sollen weiterhin Rohstoffe importiert, in ihnen sollen weiterhin billige Arbeitskraft angewandt und Zinsen weiterhin eingenommen werden können. Zu guter letzt sollen auch die Schulden nicht einfach gestrichen werden. Der Anspruch auf den Reichtum, den diese Schulden repräsentieren, soll bestehen bleiben, selbst wenn allen Beteiligten klar ist, dass dieser Reichtum für immer verloren gegeben werden muß. Denn diese Schuldansprüche dienen den mächtigeren Staaten im IWF als Mittel, um politischen und ökonomischen Druck auf die Schuldnerländer auszuüben. Dafür, daß dies alles weiter funktioniert, sorgt der IWF, indem er diese Staaten weiterhin mit Krediten bedient. Damit wird aber nicht der Zirkel durchbrochen, daß ein produktionsschwaches Land die Bedingungen seiner Schwäche erhalten und reproduzieren muß. Dieser Zirkel bleibt bestehen - zum politischen und wirtschaftlichen Vorteil der starken Länder.

Globalisierung, Kritik und unsere Konferenz

Was wir daran kritisieren, ist nicht, daß es Staaten und Kapitalen nicht gut geht, sondern ist die schäbige Rolle der Menschen in dieser Gesellschaft. Die Konsequenzen, die die verschärfte internationale Konkurrenz für die in ihr unterliegenden Kapitale und Staaten hat, bedeuten nämlich nicht, daß das Leben der Bewohner solcher Staaten, die in der Konkurrenz gut abschneiden, reiner Sonnenschein ist. Denn dieses gute Abschneiden hat ja gerade zur Bedingung, daß die besseren Voraussetzungen, hohe Produktivkraft und gute Infrastruktur, so genutzt werden, daß man in der Konkurrenz um die besten Bedingungen mithalten kann. Für das Kapital heißt das, die Anwendung von Arbeitskraft „soll sich wieder lohnen". Sie lohnt sich dann, wenn das Kapital, das nach einer guten Anlagemöglichkeit sucht und dabei neben den anderen Produktionsbedingungen auch die Löhne international vergleicht, diese als niedrig genug beurteilt. Die Arbeiter sind dadurch direkt, nicht mehr bloß vermittelt über die Warenpreise auf dem Weltmarkt, in eine internationale Konkurrenz um ihren Lohn gesetzt. So hat das Lohnniveau in einem Land direkte Auswirkungen auf die Anwendung der Arbeitskraft in anderen. Und das wirkt sich aus: Besonders seit Mitte der Neunziger nimmt die Diskussion über die zu hohen Lohnnebenkosten, mangelnde Leistungsbereitschaft und Vollkaskomentalität kein Ende mehr. Mit jeder Drohung eines deutschen Unternehmens, es würde seine Produktion ins Ausland verlegen, wächst die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich über moderate Tarifrunden zu freuen.

Internationale Konkurrenz ist keine freundliche Sache, die Auswirkungen für den Einzelnen auch nicht, selbst wenn er in einem der führenden Industriestaaten lebt. Weder irgendwelche Machtphantasien, die Inkompetenz von Politikern, noch die Geldgier einiger Großkapitalisten sind der Grund für diese Unfreundlichkeit. Denn die können nicht anders Staatspersonal oder Kapitalisten sein, als daß sie sich auf die Regeln der Konkurrenz der Staaten und Kapitale einlassen und sie mitbetreiben. Die Konkurrenz hat sich heutzutage verschärft. Wie schon immer und noch mehr ist selbst ein gutes Abschneiden ein zu schlechtes Abschneiden. Schließlich ist in der Konkurrenz nie garantiert, daß irgendein Bestehen ausreicht, um in der nächsten Runde wieder zu bestehen. Grund für den ganzen Dreck ist also keines der Konkurrenzsubjekte, sondern die Konkurrenz um den Reichtum der Welt, die jeder einzelne Mensch, jeder Arbeiter, jeder Kapitalist und jeder Politiker mit seinen Handlungen reproduziert.

Um diese Konkurrenz soll es auf unserer Konferenz gehen: Wer macht die wie und um was? Was hat sie für Auswirkungen für das Verhältnis von Staaten? Was hat das für den Staat selbst, für seine Politik und die Menschen, die unter den politischen Bedingungen leben müssen, zu bedeuten? Wie kritisieren Globalisierungsgegner das alles und warum geht ihre Kritik an der Sache vorbei? Was bedeutet es, daß gerade eine solche Kritik heutzutage up to date ist? Und was heißt das für die politische Praxis von Leuten, die die Folgen des weltweiten Kapitalismus bekämpfen wollen?

Ihr seid herzlich eingeladen, diese Fragen mit uns zu diskutieren.



Ich-Unternehmer in verschärfter Konkurrenz

Du bist Deine einzige Chance

Arbeitskreis „Ich-Unternehmer"

"Für den Unternehmer seiner selbst hat es nichts Anrüchiges, 'sich gut zu verkaufen', im Gegenteil: Genau daraus bezieht er sein Selbstwertgefühl. Er führt sein Leben als permanentes Assessment Center und weiß, daß es nicht reicht, Kompetenzen vorzuweisen, sondern vor allem darauf ankommt, diese zugleich als authentischen Ausdruck der eigenen Persönlichkeit erscheinen zu lassen."[1]

Daß es heute nicht mehr ausreicht, nach einem halbwegs passablen Schulabschluß eine Ausbildung zu machen, um die eigene Arbeitskraft verkaufen zu können, ist mittlerweile Allgemeingut. Wer heute seine Haut zu Markte tragen will - und das wollen alle, weil sie's müssen - ist als ganze Persönlichkeit gefragt. Der nine-to-five Job ist so tot, wie die Festanstellung. "Lebenslanges Lernen" heißt lebenslange Konkurrenz - und die erfordert heutzutage rastlos-restlosen Einsatz. Die Karriereplanung beginnt im Kindergarten, das Gefühlsleben wird professionell gemanagt, die Freizeit sinnvoll genutzt.

Das gilt nicht nur für outgesourcte Scheinselbständige. Es gilt für einen immer weiter wachsenden Anteil nicht nur der Arbeitskräfte, sondern der Gesamtbevölkerung. Marktförmige Mechanismen, die es allen als vernünftig erscheinen lassen, das zu wollen, was sie sollen, sind allgegenwärtig. Die Selbstzurichtung kennt keine Grenzen, weder zeitliche noch psychische. Wenn früher beispielsweise Arbeit und Freizeit gerade in ihrer Getrenntheit aufeinander bezogen waren, verschwimmt die Trennung immer mehr.

Das war schon immer das Programm bürgerlicher Herrschaft: Die Selbstunterwerfung des Individuums unter die von ihm mitgeschaffenen Verhältnisse. Selbstbestimmung ist die autonome Form des Gehorsams.[2] Insoweit ist die Entwicklung vom Untertanen und Lohnsklaven hin zum Aktivbürger und Ich-Unternehmer auch nur die Herausbildung der passenden Form der sich weiter entwickelnden kapitalistischen Verhältnisse.

Aber was heißt hier eigentlich "auch nur"? Wenn unter den Bedingungen der verschärften Standortkonkurrenz der Konkurrenzkampf der Individuen sich auch verschärft, wenn dafür alles, was nicht gerade jemand anderem gehört, zur vernutzbaren Ressource des Ich-Unternehmers wird, wenn die Versubjektivierung des Zwangs so total wird, daß er als Zwang kaum noch wahrgenommen wird - dann hat das Folgen.

Die Folgen sind das eine Thema der AG. Was bedeutet das alles für das Alltagsleben? Wie weit funken diese Anforderungen in den "psychischen Haushalt" hinein und wie verändern sie Ausmaß und Ausdrucksform von psychischen Leiden? Hat das was und wenn ja was, mit dem Esoterik-Boom seit den 80ern zu tun? Wie verändern sich die Ideologien, die ja falsche Übersetzungen verkehrter Verhältnisse sind? Sind die Ich-Unternehmer der Zukunft nur noch rassistisch gegen die, die nicht gebraucht werden, kaum noch antisemitisch und berechnen Nutzen und Schaden der Nation nur noch in Euro oder Dollar, oder kocht die ganze Scheiße auf gleicher oder höherer Stufe weiter?

Die Gründe sind ein weiteres: Ist das alles Postfordismus, Toyotismus, Neoliberalismus, Globalisierung? Korrespondieren verschärfte Staatenkonkurrenz und Verschärfung der innergesellschaftlichen Konkurrenz, ist eins der Grund für's andere? Oder sind das beides Folgen von irgend etwas drittem (Wegfall des Realsozialismus, veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals)?

Und dann sind da noch die Konsequenzen: Wenn nunmehr Autonomie, Subjektivität und Selbstbestimmung verwirklicht sind, was machen jetzt die Linken, wo sie so schön zur Vervollkommnung bürgerlicher Herrschaft beigetragen haben? Wenn bürgerliche Ideale und kapitalistische Wirklichkeit immer weniger auseinanderfallen, macht dann die Linke endlich mal *radikale* Kritik? Liegt es am Bewußtsein der Ich-Unternehmer, daß immer weniger Leute mit radikaler Kritik erreichbar sind?

[1] Bröckling, Ulrich: Totale Mobilmachung. In: Bröckling/ Krasmann/ Lemke: Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt/ M: Suhrkamp 2000, S. 160.

[2] Wie der Begriff schon sagt, bestimmt mensch über sich selbst - und sonst über nichts. Mensch ist also abhängig von denen, die über mehr bestimmen, als nur über sich selbst, z.B. über Geld, Wohnungen oder Arbeitsplätze.

Die Auferstehung der Kapitalismuskritik?

Arbeitskreis „Kritik der Globalisierungskritiker"

Was wollen Globalisierungskritiker? Wie erklären sie sich die ökonomischen Verhältnisse auf der Welt? An wen richten Globalisierungskritiker was für Forderungen? Sind Schuldenerlasse eine „Chance" für die Dritte Welt? Warum sind Globalisierungskritiker keine Kapitalismuskritiker? Unsere Behauptung: Zur Bekämpfung des kapitalistisch produzierten Elends muß diese Produktionsweise selbst kritisiert werden - und nicht der Versuch unternommen werden, sie zu reformieren.

Die Zeiten sind hart. Das "Soziale" ist zu teuer, der Staat behauptet, pleite zu sein, und wer einen Job haben will, klar, der muß eifrig Zugeständnisse machen. Weltweit werden nicht weniger Menschen arm, sondern immer mehr. Gleichzeitig mit dem Aufkommen des Modewortes Globalisierung als Rechtfertigung für eine neue Standortpolitik, die solche Folgen hat, formiert sich Anfang der 90er Jahre eine Gegenbewegung kritischer Bürger.

Mit dem Schlagwort Globalisierung liegt ein neue Betrachtungsweise des Weltmarkts vor. Innerhalb der öffentlichen Diskussion darüber nehmen die Globalisierungskritiker eine alternative Position ein. Während die bürgerlichen Befürworter der Globalisierung darüber streiten, was die Globalisierung für das Gedeihen der eigenen Nation bringt, treten die Globalisierungskritiker dem von den Regierungen neu eingeschlagenen Weg in Sachen Bereicherung am Weltmarkt mit Ablehnung gegenüber. Dabei verweisen sie auf die Auswirkungen eines liberalisierten Weltmarktes - auf das weltweit stattfindende Elend - und kritisieren daher eine "verfehlte" internationale Wirtschaftspolitik, die sich von "neoliberalen" Grundsätzen leiten läßt. In ihrer Betrachtungsweise des Weltmarkts erscheinen die staatlichen Entscheidungen wie ein Hohn auf alle guten Ziele eines globalen Miteinanders.



Nichtsdestotrotz wissen Globalisierungskritiker irgendwie, daß es beim internationalen Handel und Wirtschaften um Kapitalismus geht. Und daß die Anerkennung dieser Wirtschaftsweise und ihrer Staatsgewalt allen ihren Lösungen der "Menschheitsprobleme" vorausgesetzt ist. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftsweise werden dabei nicht als ökonomisch notwendige betrachtet, sondern als durch den Staat rein willkürlich zugelassene. Daher bemüht sich die Agitation der Globalisierungskritiker darum, die bürgerlichen Staaten dazu zu bewegen, die Härten des internationalen Kapitalismus durch neue Gesetze abzumildern oder sogar auszugleichen.

Warum gut? Wenn es auch weniger schlecht geht?

Am kapitalistischen Weltmarkt fällt den Globalisierungskritikern auf, daß seine derzeitige Organisation, an der maßgeblich die reichsten kapitalistischen Staaten ihren Anteil haben, das Elend in der Welt verstärkt und die weltweite Armut der Bevölkerung in Kauf nimmt. Ihre Kritik setzt aber weder an der auf dem Weltmarkt existierenden Konkurrenz der Staaten um den produzierten kapitalistischen Reichtum an, noch versucht sie, die Verfaßtheit des internationalen Handels aus seinen eigenen Maßstäben heraus zu erklären. Und damit stellen sie auch nicht das Verhältnis zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und dem von ihr geschaffenen Elend dar. Sondern die Globalisierungskritiker vergleichen die Realität der kapitalistischen Welt mit ihren Ansprüchen an Staat und Wirtschaft, die ihrer Ansicht nach dazu dasein sollten, die Lebensbedingungen aller Menschen in der Welt zu verbessern. Bei diesem Vergleich kommt zwar heraus, daß die kapitalistische Welt so nicht eingerichtet ist, aber sie kontern dann nicht damit, daß dann der Kapitalismus abzulehnen ist, sondern, daß er verstärkt zu reglementieren sei. Alle Institutionen und Subjekte des Kapitalismus werden dann an den "Mängeln" ihrer Maßnahmen und Unternehmungen in Bezug auf die guten Ziele kritisiert, ohne daß darauf aufmerksam gemacht wird, daß sie nicht geschaffen worden sind, die Nöte der Leute zu lindern.

Die Globalisierungskritiker treffen dabei auf ein besonderes Verständnis ihrer Position auf Seiten der Politik, das den Schein unterfüttert, daß die Abschaffung des Elends innerhalb der kapitalistischen Welt möglich sei und eigentlich von den Staatsagenten gewollt werde. Denn den Schein der Gutmenschlichkeit gibt sich noch jeder Politiker, der sich über das Elend untröstlich zeigt. Und noch jede für die Menschen, die sie auszuhalten haben, harte Maßnahme, die die Politik bei ihrer Standortpflege in Kraft setzt, wird mit der Entschuldigung verkauft, daß die derzeitige Lage auf dem Weltmarkt nichts anderes erlaube, auch wenn man eigentlich nur menschheitsbeglückende Gesetze erlassen wolle. Zwar kritisieren die Globalisierungskritiker diese Aussagen als Heuchelei, nehmen sie aber insofern ernst, als daß sie unterstellen, daß auch die Politik auf irgend eine Art und Weise ihren Zielen und Werten zustimmt. Verglichen an diesen Zielen blamiere sich die Politik mit ihren Maßnahmen. Daher fordern sie von der Politik, daß sie gefälligst mit dem staatlichen Gewaltmonopol den Opfer dieser Produktionsweise Schutz vor den Härten derselben gewähre, anstatt ihre Gewalt für die Verbesserung der Bedingungen des Kapitals auf Kosten der Lohnabhängigen einzusetzen.

Der Staat, der beste Freund des Menschen

Die Globalisierungskritiker unterstellen, daß ein abgefederter Kapitalismus möglich sei, wenn nur die bürgerlich-kapitalistischen Staaten mit ihrer profitorientierten Politik Schluß machten. Dabei machen sie gegenüber dem kapitalistischen Staat ein eigenwilliges Zugeständnis: Sie betrachten die Staaten nicht als die politischen Gewalten, die erst dem Kapitalismus Wirklichkeit verschaffen, sondern als Anhängsel eines nicht mehr unter staatlicher Kontrolle stehenden kapitalistischen Wirtschaftens. Gleichzeitig behaupten sie auch das Gegenteil, wenn sie gerade die ohnmächtigen Staaten als die Subjekte deklarieren, die mit den "Ungerechtigkeiten" des Weltmarktes Schluß machen könnten. Diese widersprüchliche Vorstellung über das Verhältnis von bürgerlichem Staat und Kapital verschleiert den Zusammenhang, der zwischen den Interessen der beiden besteht und unterstellt eine Stellung des bürgerlichen Staates gegenüber seiner Wirtschaftsweise, die dieser nicht anstrebt. Denn der bürgerliche Staat ist der politische Garant der kapitalistischen Produktionsweise, seine Maßnahmen haben in der Hege und Pflege der Konkurrenz ihren Maßstab.

Es ist eben falsch, die reichen bürgerlichen Staaten als ohnmächtig darzustellen, weil sie dem Drängen der Kapitalisten nach weiteren Profitmöglichkeiten nachgegeben hätten. Daß die Liberalisierung des internationalen Finanzmarkts eine bewußte und gewollte Entscheidung der reichsten Staaten war, die sich davon viel kapitalistischen Reichtum für ihr Wirtschaftswachstum versprechen, wird eben nicht als ein konsequenter Fortgang des weltweiten kapitalistischen Geschäfts betrachtet, sondern als ein politischer und ökonomischer Fehltritt, der allen nur zum Nachteil gereiche. Dabei kommt dem globalisierungskritischen Blickwinkel die in der Politik übliche Klage über den "schlechten" Ertrag am Weltmarkt zugute, die den Eindruck verstärkt, auch den reichsten Staaten wären ihre Deregulierungen über den Kopf gewachsen. Es sind aber auf Seiten der Globalisierungskritiker und der Staatsagenten zwei verschiedene Maßstäbe unterwegs: Den Globalisierungskritikern schwebt eine Regulierung des Kapitalismus vor, die den national akkumulierten kapitalistischen Reichtum zum Mittel der Entwicklung armer Staaten und zur Unterstützung der darbenden Bevölkerungen machen soll. Für die bürgerlichen Staaten ist dieser unter ihrer Herrschaft monopolisierte Reichtum die Grundlage ihrer Macht. Und als solche wollen sie den akkumulierten Reichtum auch verstanden und gemessen wissen, weshalb sie gerade solche Maßnahmen durchsetzen, von denen sie sich versprechen, daß die internationale kapitalistische Konkurrenz für sie erfolgreich ausgeht.

Als Willy Brandt Bundeskanzler war...

Die Globalisierungskritiker blicken gerne in die Vergangenheit, um zu illustrieren, daß früher, bevor also alles dem "ungerechten" Diktat des Weltmarkts unterworfen wurde, solche Sachen wie Sozialstaat und hohe Löhne möglich waren. Die 60er Jahre der Bundesrepublik mit Vollbeschäftigung und funktionierenden Sozialversicherungen (sicheren Renten) erscheinen so als Idyll und Blaupause für die zu erlangende neue weltweite Wirtschaftsweise. Die Auffassung, früher wäre alles besser gewesen, übersieht, daß auch die Verhältnisse in den 60er Jahren davon bestimmt waren, daß die kapitalistische Rechnung aufgeht. Das Funktionieren der Sozialversicherung zu dieser Zeit hat viel mit der Vollbeschäftigung während der Expansion der deutschen Wirtschaft rund um den Globus zu tun. Die Sozialkassen funktionierten, weil sie ja nicht massenhaft in Anspruch genommen wurden. Auch in den 60er Jahren wurde um Märkte und Löhne konkurriert und wurden gerade die Bedingungen geschaffen, die heute eine Liberalisierung der internationalen Konkurrenzverhältnisse opportun erscheinen lassen.

Den bundesrepublikanischen Sozialstaat in den 60er Jahren so kritiklos als anzustrebenden Zustand darzustellen, erklärt nicht den Zweck der Sozialkassen. Die "Errungenschaften" der Sozialversicherungen waren nie dazu da, den Leuten ein "schönes Leben" zu verschaffen, wie attac! meint. Sondern Sozialversicherungen gibt es deshalb, weil die Lohnabhängigen sowieso nur von der Hand in den Mund leben können. Durch die Sozialleistungen wird erreicht, daß sie prinzipiell weiter zur Verfügung stehen, auch wenn sie gerade arbeitslos oder krank sind. Und nach 40 Jahren Maloche sollen die Zwangsersparnisse der Rentenkasse dazu ausreichen, einen über die Kosten des Alters zu bringen. Dabei ist die Alimentierung der Arbeiterklasse einem Vorbehalt unterstellt, nämlich dem, daß die Lohnhöhe nicht zu einem Problem für das Kapital werden darf. Schließlich bestehen die Sozialkassen aus einem Abzug vom Lohn. Da in der weltweiten Konkurrenz der niedrige Lohn der Lohnabhängigen ein Standortvorteil ist, ist es auch konsequent, daß die Sozialkassen vom Staat als Hebel zur Senkung der nationalen Lohnkosten benutzt werden. Und daher gerade zusammengestrichen werden.

Fortsetzung nächste Seite

Utopie à l'attac!: ausbeuten und zurückschenken

Es will vielen Globalisierungskritikern nicht in den Kopf, daß in einer Welt, in der der Profit das Ziel jedes Wirtschaftens ist, sich auch alle Bedürfnisse am Profit relativieren müssen. Daher lautet auch eine ihrer Parolen: "people not profits". Und wenn dann noch z.B. in den Statuten des IWF solcherlei Dinge drin stehen wie weltweite Vollbeschäftigung und überall Wirtschaftswachstum, dann wird so eine Organisation von den Globalisierungskritikern entweder wegen ihrer Heuchelei oder ihrer nicht wirklich richtig umgesetzten Maßstäbe kritisiert. Statt den IWF als Exekutor internationaler Konkurrenzverhältnisse zu betrachten, und daher nicht als Mittel, das Elend zu bekämpfen, sondern als Teil des Problems, wollen die Globalisierungskritiker den IWF reformieren. Also das Verhältnis, für das der IWF steht, beibehalten, aber eben so reformieren, daß es nicht seine schlechten Auswirkungen hat.

Die Globalisierungskritiker prangern zweierlei an: Zum einen weise das weltweite Elend darauf hin, daß es auf dem Weltmarkt "ungerecht" zugehe - dies sei ja augenscheinlich daran festzustellen, welchen unterschiedlichen Ertrag die einzelnen Staaten so auf den Weltmarkt erzielen. Zum anderen schließen die Globalisierungskritiker aus diesem Umstand, daß es an der Demokratisierung der Institutionen mangelt, mit denen die reichsten Nationen die Bedingungen des Weltmarkts festlegen und verwalten.

Das Argument der Ungerechtigkeit ist ein borniertes bürgerliches Argument, mit dem die Auswirkungen des Kapitalismus beständig begleitet werden. Da existiert eine Wirtschaftsweise, die alle gleichermaßen auf das Schaffen und Erlangen von Geld festlegt und die sich gleichgültig dagegen zeigt, ob man nun die Mittel (Kapital) dafür in seinem Besitz hat, und dann wird sich darüber verwundert gezeigt, daß bei der Konkurrenz ums Geld es zu Gewinnern und Verlierern kommt. Das erscheint den Leuten dann als ungerecht, daß die einen so viel Geld scheffeln, mit dem sich so viele gute Taten finanzieren ließen und die anderen keines sehen und verhungern. Dabei zeigen sich die Globalisierungskritiker gleichgültig dagegen, wie dieser Reichtum, der für gute Taten benutzt werden soll, überhaupt zustande kommt. Sie betrachten eben nicht die Gesetze der kapitalistischen Reichtumsproduktion, sondern nur das Ergebnis der Konkurrenz. Sie fordern also, daß es im Kapitalismus gerecht zugehen soll und verstehen darunter, daß bei all den Gewinnen, die auf Grundlage der Armut der Bevölkerung, die den Reichtum schafft, entstehen, auch was für die Bevölkerung rumkommen soll. Die Möglichkeit dazu sehen die Globalisierungskritiker darin, daß man die Abhängigkeiten der Binnenwirtschaft von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufhebt und das Miteinander der Staaten gerechter gestaltet.

Demokratie ist, wenn man trotzdem lacht

Und richtig toll finden daher die Globalisierungskritiker die Forderung nach "mehr Demokratie!". Diesem Demokratieidealismus liegt ein besonderer bürgerlicher Fehler zugrunde, nämlich der, daß bessere Repräsentation der unterschiedlichen Opfer des Kapitalismus ihnen einen Eingriffstitel gegen ihr Scheitern im weltweiten Kapitalismus in die Hand geben könnte. Nehmen wir z.B. den IWF. Betrachtet man den ökonomischen Zweck, den diese Institution verfolgt: Wie soll da eine Demokratisierung dieser Institution aussehen?

Die Kreditvergabe des IWF hat nichts damit zu tun, die Verlierer in der weltweiten Konkurrenz mit den Siegern wieder gleichzustellen, sondern damit, jene bloß in die Lage zu versetzen, ihre Verbindlichkeiten gegenüber anderen Staaten auch zu erfüllen. Der Maßstab ist also die Fähigkeit der Staaten, sich kapitalistisch geschäftsfähig zu halten, auch wenn dies große Opfer der Bevölkerung bedeutet. Und wenn das den Entwicklungsländern nicht gegen die Konkurrenz der ökonomisch und militärisch potenteren Staaten gelingt, dann werden sie abgeschrieben. Die Forderung nach der Demokratisierung des IWF und der Weltbank trifft auf die Realität, daß sich in diesen Gremien Gläubigerstaaten und Entwicklungsländer darüber einig werden, wie die Bedienung der Kredite über die Bühne zu gehen habe. Die Gläubigerstaaten sind darauf aus, ihre an die armen Staaten vergebenden Kredite zu sichern, und die Entwicklungsländer müssen um die Stundung oder gar Streichung der Kreditbedienung betteln. Es geht ja darum das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner für den Gläubiger profitabel zu erhalten. Solange der Zweck des IWF bleibt, wird es von den Gläubigerstaaten kein Interesse geben, die formale Struktur der Institution zu ändern.

Sei doch nicht so negativ

Gleichgültig gegen diese Realität versammelt die Globalisierungsbewegung die verschiedensten Gruppen. Dabei scheint es egal zu sein, mit welchen gegensätzlichen Sonderinteressen die einzelnen Gruppen sich unter den allgemeinen Forderungen nach Reglementierung des Weltmarkts vereinen. Da stehen Dritte-Welt-Aktivisten, die indigenen Kulturen ein Auskommen verschaffen wollen, mit nationalen Gewerkschaftern zusammen, die für den Schutz der heimischen Wirtschaft eintreten. Daß sich diese Forderungen diametral widersprechen, kümmert die Globalisierungskritiker wenig. Ohne sich darüber klar zu werden, welche Auswirkung nun das Verfolgen von Steuerflucht, die Beschränkung des weltweiten Kapitaltransfers oder Tobin-Steuer für ihre persönlichen Sonderinteressen haben, findet man sich zusammen, um den Herrschenden mal zu sagen, daß sie eine Verantwortung gegenüber ihren Bevölkerung haben. Diese Verantwortung verstehen die Staaten aber ganz anders.



So sehr die Globalisierungskritiker sich offen zeigen, gegenüber allen, die ihr Ansinnen teilen, so sehr sind sie aber darum bemüht, daß keine Klärung über die Unverträglichkeit der verschiedenen Interessen stattfindet. Jeder ist willkommen, der im Elend einen "Skandal" sieht. Daß es Widersprüche zwischen den Sonderinteressen gibt, die mit der Lage der Leute im Kapitalismus zu tun haben, machen sie sich nicht bewußt oder ignorieren sie schlichtweg. Und nichts ist ihrer Agitation unzuträglicher, als der Verweis darauf, daß das Elend im Kapitalismus etwas mit der Wirtschaftsweise als Ganzes zu tun hat. Leute also, die die Agitation auf eine wesentliche Kritik der kapitalistischen Produktionsweise lenken wollen, werden bei den Globalisierungskritikern insofern ausgegrenzt, als daß man ihnen den Vorwurf macht, sie wollten die wenigen kleinen Schritte der Verbesserung torpedieren.

Daß eine Reglementierung des Kapitalismus nicht das gleiche ist wie das Abschaffen des kapitalistischen Kalküls, wird nicht erkannt. Mit der Reglementierung der Bedingungen der Kapitalakkumulation ist das Interesse des Kapitals, sich zu verwerten, nicht aus der Welt. Das heißt auch, daß das Kapital sich (mit staatlichem Segen) unter neuen Bedingungen neue Verwertungsmöglichkeiten auftun wird - und dies weiterhin auf Kosten der Lohnabhängigen.

Aus Verantwortung zu jedem Zugeständnis bereit

Eine solche Reglementierung des Weltmarkts, wie sich das die Globalisierungskritiker vorstellen, wird nicht stattfinden. Die bürgerlichen Staaten haben sich die Bedingungen des Weltmarkts so eingerichtet, wie es für sie von Nutzen ist. Daran ändern auch friedliche oder militante Demonstrationen auf G7-Gipfeln und ähnlichen Veranstaltungen nichts. Der Abweis dieser Position im Meinungsstreit um die beste Einrichtung der Verhältnisse durch die Politik und seine praktische Ausgestaltung durch Polizeiknüppel treffen auf das Unverständnis der Globalisierungskritiker. Es kann doch nicht sein, daß ein so ehrenwertes Interesse, wie das Abschaffen des "unnötigen" Elends in der Welt, von den Regierenden so mißtrauisch und abwehrend behandelt wird.

Und es wird ja doch mit einem gewissen Wohlwollen in der Öffentlichkeit aufgenommen. Da werden hohe Politiker Mitglied bei attac!, ganze Gewerkschaften treten ein und die Bundesregierung denkt laut über die Einführung der Tobin-Tax nach. Letzteres stellt aber nichts anderes dar als die Vereinnahmung der Forderungen der Globalisierungskritiker durch die Politik, die prüft, ob die verschiedenen Maßnahmen, die die Globalisierungskritiker so fordern, in der Konkurrenz mit anderen Staaten nützlich sein könnten. Das Verständnis, das ihnen von den Führern der kapitalistischen Staaten entgegengebracht wird, sofern ihr Protest friedlich bleibt, führt zu bereitwilligen Zugeständnissen seitens der Globalisierungskritiker, die sich endlich in der öffentlichen Diskussion, wie der Weltmarkt sinnvoll zu bewirtschaften sei, berücksichtigt finden. Kapitalismuskritische Positionen haben in solchen bürgerlichen Debatten keinen Platz. Wer wie die Globalisierungskritiker Verantwortung in der bestehenden Scheiße übernehmen will, der kann keine radikalen Ziele propagieren. Das ist die konstruktive Kritik, an der sich alle beteiligen können, solange sie die dann dabei von den wirklich Mächtigen beschlossenen Entscheidungen mittragen - und somit zur Verlängerung des Elends beitragen.

Und das macht das Problem aus, wenn die Bewegung um die Gunst des Staates buhlen will. Denn dann müssen Zugeständnisse gemacht werden, die darin bestehen, daß die Forderungen irgendwie mit den Zwecken von Staat und Kapital vermittelt sein müssen. Das heißt aber auch, daß man die Grundlage der Wirtschaftsweise und ihrer politischen Betreuung im Kern akzeptiert und versucht, im Rahmen des "politisch Machbaren" zu handeln. Welches Interesse letztlich die Oberhand behält, steht schon von vornherein fest. Mit der Akzeptanz der kapitalistischen Produktion müssen und wollen die Globalisierungskritiker ihr Vorhaben nach Menschheitsbeglückung immer wieder daran messen, ob sich die Maßnahmen auch rechnen. Dieser Umstand beweist, daß die Globalisierungskritiker eine Kritik der Verhältnisse scheuen oder gar nicht sich zum Programm machen. Wie auch? Wenn das politische Ziel darin liegt, den Staat an Aufgaben zu erinnern, die nichts mit seinen tatsächlichen Zwecken zu tun haben.

Wer Standort frißt, ist angepißt!

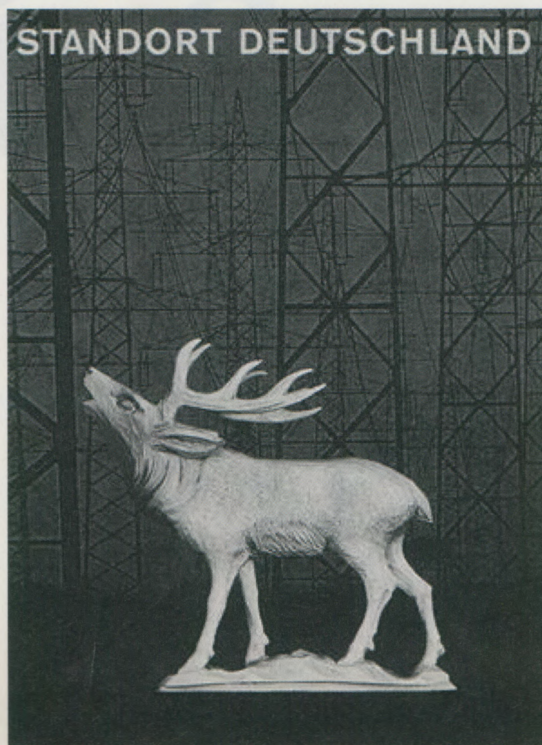
Arbeitskreis „Standortpolitik"

Staaten haben Zölle abgeschafft, den freien Währungsmarkt und freien Kapitalverkehr eingerichtet. Dadurch ist es Kapitalisten möglich, die Produktionsbedingungen in den Staaten unmittelbar miteinander zu vergleichen und den günstigsten Standort für eine effektive Produktion zu finden. Das einmal durchgesetzt, müssen Kapitalisten den Vergleich der Standorte vollziehen, um in der Konkurrenz bestehen zu können.

Das Interesse kapitalistischer Staaten ist Reichtumssteigerung innerhalb ihrer nationalen Territorien. Das bedeutet heute, daß tendenziell für deren gesamte Produktion immer wieder die Bedingungen hergestellt werden müssen, damit diese weltmarkttauglich ist. Das betrifft nicht nur die Exportgüter, sondern auch die Produktion für den nationalen Markt, die genauso der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist. Die Weltmarkttauglichkeit entscheidet darüber hinaus, ob Kapital aus aller Welt sich das nationale Territorium als Standort wählt oder im Gegenteil bisher angesiedeltes Kapital abwandert. Maßstab dafür sind international schon durchgesetzte Produktionsbedingungen, denen sich die Staaten nicht nur anpassen, sondern die sie auch zu übertrumpfen versuchen. Damit setzen sie immer wieder verschärfte Maßstäbe, an denen sich andere Staaten zu orientieren haben. Die Umsetzung der Produktionsbedingungen findet ihren Ausdruck in der Standortpolitik eines Staates.

Um Kapitale zu halten und anzuziehen orientiert sich Standortpolitik vermehrt an der Kalkulation der Kapitalisten: Die Unternehmenssteuer z.B. war schon immer ein Problem. Einerseits ist sie ein Abzug vom Gewinn und damit vom Mittel der weiteren Reichtumssteigerung, andererseits eine wichtige Finanzquelle, um die Bedingungen der Reichtumssteigerung zu sichern: Ausbau der Infrastruktur, sowie Förderung des Gesundheits- und Bildungssystems. Heute wiegt die Belastung der Kapitale schwerer, die Unternehmenssteuer wird gesenkt. Bildung wird verstärkt darauf zugeschnitten, möglichst schnell brauchbare Arbeitskraft frei zu setzen. Lohnniveau und Sozialausgaben können heute nicht niedrig genug sein, um die Attraktivität des Standorts zu erhöhen. Dafür setzt die Politik sich ein und hat in Deutschland mit dem Sozialstaat ein wirkungsvolles Mittel darauf Einfluß zu nehmen.

Die soziale Hängematte für arbeitslose Schmarotzer soll es nicht mehr geben. Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. Was man heute als soziale Hängematte bezeichnet, war schon damals kein Freischein für bezahlten Urlaub. Schon früher waren Arbeitslose nicht mehr als disponible Arbeitskraft, die ihre Arbeitswilligkeit ständig unter Beweis zu stellen hatten. Die behördliche Entscheidung über die Zumutbarkeit einer Stelle war auch damals ein gängiges Mittel, Leute zur Arbeit zu jagen. Was Sozialhilfe und Arbeitslosengeld immer sichern sollten, ist nicht das schöne Leben in Freiheit und Unabhängigkeit, sondern der Arbeitererhalt für zukünftige Einsätze im Produktionsprozeß. Unter der Maßgabe der Standortkonkurrenz stellt sich heute das Problem der hohen Arbeitslosigkeit folgendermaßen dar: Die Sozialkassen werden belastet, weil mehr Menschen ihre Leistungen beanspruchen, was die Beiträge für diese Leistungen erhöht. Das wiederum erhöht die Lohnnebenkosten, die paritätisch von Arbeitgeber und -nehmer für die Sozialversicherung entrichtet werden. Für das Kapital sind erhöhte Lohnnebenkosten erhöhte Produktionskosten. Das bedeutet unter Weltmarktbedingungen einen Konkurrenznachteil. Darauf reagiert die Politik, indem Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden. Durch verschärfte Kriterien der Zumutbarkeit von Stellen sollen die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden. So sollen die Sozialkassen entlastet werden. Arbeitslose werden gezwungen, schlechter bezahlte Stellen anzunehmen bzw. in den Niedriglohnbereich gedrängt. Durch diesen wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft und so die Löhne überhaupt gesenkt. Zudem wird die Parität bei der Finanzierung der Sozialbeiträge aufgegeben: Die Lohnnebenkosten werden gesenkt; der Arbeiter muß jetzt ein Mehr an eigenen Ausgaben für die soziale Absicherung mit dem gleichen Lohn wie zuvor besorgen.



Der Arbeiter ist so frei wie er es noch nie war: Er ist frei von Produktionsmitteln, er ist frei sich auf dem Arbeitsmarkt selbst zu vermarkten und er ist frei seine soziale Fürsorge selbst zu managen. Die Freiheit sich selbst zu vermarkten, die der Arbeiter schon immer hatte, sieht jetzt so aus: Er muß mobil und flexibel sein, er darf nicht krank werden und nichts kritisieren, muß jede Überstunde und Lohnkürzung hinnehmen. Wenn er an dieser Art Freiheit scheitert, hat er das aktuelle gesellschaftliche Erfolgskonzept nicht gut genug genutzt, wird arbeitslos oder landet im Niedriglohnbereich. Aber da will niemand hin, schließlich will man doch so angenehm wie möglich leben. Das verlangt, sich die Anforderungen der Standortpolitik zu eigen zu machen. Wer will, daß sein Arbeitsplatz erhalten bleibt, um nicht im Niedriglohnsektor zu landen, dem muß der Erfolg seines Unternehmens am Herzen liegen und damit staatliche Wirtschaftskonzepte, die die Annäherung des eigenen Lohns an den Niedriglohnsektor zur Konsequenz haben. Die Vorstellung des angenehmen Lebens scheitert für den Arbeiter notwendig an seiner Rolle im Produktionsprozeß.

Manche Leute meinen, die Politik würde heute das Allgemeinwohl zugunsten der Unternehmen vernachlässigen. Wir sagen, in der Standortpolitik geht es um das Allgemeinwohl und das setzt sich im Kapitalismus immer gegen den Einzelnen durch. Kapitalismus ist nicht das Mittel zum Zweck des Wohlergehens aller, sondern ist sich selbst Zweck. Der Mensch taucht dabei nur als Mittel auf. Der Staat ist kein Dienst am Menschen und war es auch nie, sondern garantiert nur den Bestand der Arbeitskraft für das Kapital in guten wie in schlechten Zeiten. Im Kapitalismus sind immer schlechte Zeiten, denn die Produktion kann nie gut genug laufen. Heute werden die Maßstäbe dafür in der Konkurrenz der Staaten ständig verschärft. Jeder Staat versucht generell dem Kapital die besten Bedingungen zu bieten und sich dadurch gegen die anderen Staaten heute als Standort durchzusetzen. Deshalb erlaubt der Staat auch nicht die Aussicht auf bessere Zeiten, sondern gibt nur die Anleitung zum Überleben durch Mitmachen. Mehr als nur Überleben wollen, heißt Nation und Kapital abschaffen!

Standort wird heute als Begründung für alles und nichts gebraucht, ist aber kein Begriff, der sich aus sich selbst erklärt. Wir haben zur Klärung dessen im Text einige Punkte angerissen und wollen die mit Euch im AK diskutieren. Weitere spannende Fragen, die in die Diskussion mit eingehen können, sind:
Ändert sich am Staat grundsätzlich etwas, weil er Standort ist?
Ist der Sozialstaat in die Nähe "amerikanischer Verhältnisse" gerückt?
Was bedeutet die widersprüchliche Position, in der der Arbeiter sich bezüglich des Lohns befindet?
Wie wirkt sich die Standortpolitik in Deutschland auf den Korporatismus aus?

Gesteigertes Interesse?

Weitere Texte zu den Themen dieser Zeitung gibt's im Internet unter www.junge-linke.de. Auch auf schriftliche Anfragen schicken wir Euch Texte zu folgenden Themen zu: Kapital und Lohnarbeit, Staat und Nation, Sexismus, Rassismus, Faschismus, Krieg und Frieden, Kritik der Linken, Realsozialismus, Schule und Bildung, Drogen und Drogenpolitik, Internet u.a.

Wer zu Themen der Konferenz z.B. eine Abendveranstaltung organisieren will, ist herzlich eingeladen, uns nach ReferentInnen zu fragen. Wir erwarten weder einen Festsaal mit Rednerpult noch eine Masse von mindestens 200 Personen. Auch für eine kleine Runde im privaten Freundeskreis sind wir uns nicht zu schade; ganz im Gegenteil kann das für die Diskussion sogar förderlich sein. Alles Nähere sollte mensch vorher individuell absprechen.

Wie jedes Halbjahr veranstalten wir mehrere Wochenendseminare:

In Niedersachsen:

08. - 10.11.02	Regiertwerden 2002
15. - 17.11.02	Marx ist tot - na und?
13. - 15.12.02	Antisemitismus
31.01. - 02.02.03	Der Realsozialismus

In Thüringen:

04. - 06.10.02	Marxismus-Seminar
12. - 14.12.02	Bildungspolitik
20. – 22.12.02	Imperialismus

Den genauen Inhalt der Seminare könnt ihr unserer webpage (www.junge-linke.de) entnehmen oder einfach die Seminareinladungen anfordern.

